Pressemitteilung 09-Nov-2023 (wurde von der Zeitung aber nicht veröffentlicht)

Grüne Bad Rothenfelde – Stellungnahme zum geplanten Baugebiet Osnabrücker Str. / Teutoburgerwald Str.
Kommentar: Ende 2023 haben sich einige Planungs-Annahmen schon wieder überholt, aber die Diskussion zum Niedersächsischen Weg bleibt aktuell…

Niedersächsischer Weg in den Kommunen noch nicht angekommen

Änderung der Flächennutzungsplanung Osnabrücker Str. / Teutoburgerwaldstr. in Bad Rothenfelde: Der Landkreis hat in seiner Stellungnahme die Gemeinde auf den Niedersächsischen Weg hingewiesen und vor allem die Flächengröße der Flächennutzungsänderung kritisiert: „Die Neubebauung der beabsichtigten Flächen ist keinesfalls alternativlos [...] Es fehlt die Entwicklung von real wirksamen Maßnahmen zum Ausgleich der Verschlechterung der Grundwasserneubildung bei Realisierung der Planung. Den Zielen des Niedersächsischen Weges läuft die Planung entgegen […] ***ist die Planung in dieser Form abzulehnen“.***

Gemäß des Planungsbüros, das von der Gemeinde beauftragt wurde, heißt es zu dieser schwerwiegenden Beurteilung: „Die Beschäftigung mit weiteren wirksamen Maßnahmen im Rahmen der vorgelegten und weithin verfolgten Planung, welche die Ziele des Niedersächsischen Weges begünstigen, wird angestrebt“ Ergo: Nichts Konkretes dazu. Doch was will der Niedersächsische Weg eigentlich, was ist sein Ziel?

Zitat aus der Landesregierungsseite:

Was ist der Niedersächsische Weg?
Der Niedersächsische Weg ist eine in dieser Form bundesweit einmalige Vereinbarung zwischen Landwirtschaft, Naturschutz und Politik. Das Papier verpflichtet die Akteure, konkrete Maßnahmen für einen verbesserten Natur-, Arten- und Gewässerschutz umzusetzen. Unterzeichner der Vereinbarung sind Ministerpräsident Stephan Weil, Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast, Umweltminister Olaf Lies, Albert Schulte to Brinke, Präsident des Landvolk Niedersachsen, Gerhard Schwetje, Präsident der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Dr. Holger Buschmann, Vorsitzender des NABU Niedersachsen und Heiner Baumgarten, Vorsitzender des BUND Niedersachsen. Der Inhalt wurde monatelang auf Augenhöhe verhandelt und wird nun auf breiter Basis getragen.

Warum ist das wichtig?
Einer der Gründe für das Insektensterben ist der Verlust von Nahrung und Lebensräumen. Mit dem Niedersächsischen Weg soll gegengesteuert werden. Die Vereinbarung möchte unter anderem artenreiches *mesophiles Grünland* und *Streuobstwiesen* unter Schutz stellen sowie an allen Gewässern in Niedersachsen breitere Schutzstreifen einführen. Auf der gesamten Fläche soll der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nachweislich reduziert werden.
Der Niedersächsische Weg ist ein Baustein für einen breiten Gesellschaftsvertrag.
Dafür müssen in Niedersachsen Gesetze wie das Niedersächsische Ausführungsgesetz des Bundesnaturschutzgesetzes oder das Niedersächsische Wassergesetz angepasst werden.

Was steht drin?
Es ist ein umfassendes Arbeitspaket. Zum Niedersächsischen Weg gehören (Auswahl):

- Biotopverbund auf 15 Prozent der Landesfläche bzw. 10 Prozent der Offenfläche
- Mehr Landschaftselemente wie Hecken, Baumreihen, Alleen
- Bis Ende 2020 Aktionsprogramm Insektenvielfalt
- Über ein verpflichtendes Kompensationskataster für die Bauleitplanung können auch diese Flächen transparent erfasst werden.
- Die Neuversiegelung von Flächen in Niedersachsen wird bis zum Jahr 2030 auf unter drei Hektar pro Tag und in den Folgejahren weiter auf Netto-Null bis spätestens zum Jahr 2050 reduziert.

Wie wird das finanziert?
350 Millionen Euro sollen in den Jahren 2021 bis 2024 für den Artenschutz bereitgestellt werden. Das heißt: Mehr als 100 Millionen Euro stehen jährlich zur Verfügung.

Die Grünenfraktion Bad Rothenfelde hat in den letzten Monaten auf dieses Defizit bezüglich Niedersächsischer Weg mehrmals hingewiesen. Aber leider erfolglos: Es gab Kompromissvorschläge und Annährungen, um die Ziele Wohnraumschaffung und ökologische Notwendigkeit in Einklang zu bringen. Trotz guter Anfänge sind diese Kompromisse immer wieder im Keim erstickt und letztlich auch vom Planungsbüro nicht weiterverfolgt worden. Was bleibt? Es bleibt das unbestimmte Gefühl, dass hier der Sorgfaltspflicht der Gemeinde bzw. des Fachbüros nicht genüge getan wurde.

Weitere Unklarheiten bei der Beschlussvorlage

- Eine gesetzlich geschützte Wiese, die mit Einfamilienhäusern bebaut werden soll: Gekauft, geplant, aber noch nicht naturschutzrechtlich genehmigt.
- Mit 10000−20000 m^2 erwarteter Neuversiegelung ist ein Großteil des „Versiegelungsbudget“ gemäß Niedersächsischer Weg für Bad Rothenfelde für die nächsten Jahre aufgebraucht.
- Grundwasserneubildung: Wird auf dieser Fläche als sehr wichtig eingestuft: keine konkreten Maßnahmen, die dieser Priorität gerecht wird.
- Kompensationsflächen: Auch im Rahmen des Niedersächsischen Weges wird die Biotopvernetzung als extrem wichtig betrachtet. Die Kompensation sollte zudem im direkten Umfeld umgesetzt werden. Aber: Man kompensiert fast vollständig nur aus einem gemeindlichen Punktepool.
- Nicht zuletzt entstehen 4 große Grundstücke, die aus der Zeit fallen: Viel Fläche für wenig Wohneinheiten, fast ein Drittel der Gesamtfläche, die uns an anderer Stelle als Wohnfläche fehlt. Die Grünenfraktion hat im Frühjahr eine Alternativplanung zur Inspiration vorgelegt – Futura – geblieben ist lediglich der Wille weniger in der Fläche zu bauen, dafür mehr Mehrgeschossigkeit. Das ist gut, aber noch viel zu wenig. Die Grünenfraktion sieht den Wohnungsbedarf, sieht aber auch eine gleichwertige Behandlung der Themen Wohnen und Umwelt/Klima. Das ist mit der aktuellen Planung nicht gegeben.

Der letzte Versuch eines Kompromissvorschlags endete ebenso im Nichts. Der Vorschlag war: Die Wiese (das zu schützende mesophile Grünland) als Kompensation zu nutzen inkl. einer biotopvernetzenden Obstbaumallee im Erpener Feld, Reduzierung der Großgrundstücke von 4 auf 2, um Wohnfläche zu generieren, fachliche Überprüfung der Grundwasserhaltung mit Rigolen auf der ganzen Fläche inkl. effektiven Entsiegelungsmaßnahmen.

Eines ist für die Grünen jedoch klar: Sie bleiben im Gespräch mit den Fraktionssprechern und verweigern sich nicht neuen Lösungen. Der Fachplaner ist von uns aufgefordert seine zukünftigen Planungen und Abwägungen nicht allein an die gemeindlichen Vorstellungen anzupassen, sondern mehr die gesellschaftlich-wissenschaftlichen Anforderungen im Blick zu haben, die die Folgegenerationen mitberücksichtigen.